



Medienmitteilung

Ort, Datum
Aarau, 26. August 2014

Ansprechperson Peter Lüscher Telefon direkt 062 837 18 01 E-Mail peter.luescher@aihk.ch

3 x Nein am 28. September:

Die AIHK sagt NEIN zum Offenlegungszwang in der Politikfinanzierung

Die am 28. September 2014 zur Abstimmung gelangende Aargauische Volksinitiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung» ist gefährlich für unser demokratisches System. Das Begehren verlangt unter anderem, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten für alle öffentlichen Ämter auf Kantonsebene sowie für Exekutiv- und Legislativfunktionen auf kommunaler Ebene ihre Einkommens- als auch Vermögensverhältnisse sowie ihre Interessenbindungen bereits bei der Anmeldung ihrer Kandidatur offenlegen müssen. Wer seine Privatsphäre in Bezug auf Einkommen und Vermögen nicht gleich völlig aufgeben will, würde sich nach Annahme der Initiative gar nicht mehr in der Politik engagieren. Dieser finanzielle Entblössungszwang ist deshalb inkompatibel mit unserer auf dem Milizprinzip basierenden Demokratie. Die AIHK ist gegen eine derartige Demontage unseres demokratischen Systems und lehnt auch die mit einer Umsetzung des geforderten Entblössungszwangs verbundene Bürokratie klar ab.

Der Vorstand der AIHK empfiehlt auch die beiden anderen Initiativen zur Ablehnung:

NEIN zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» Ziel der AlHK ist eine Vereinfachung der Mehrwertsteuer, deshalb setzt sie sich weiterhin für den Einheitssatz ein. Die vorliegende Initiative trägt nichts zur Vereinfachung bei. Sie bringt zudem (neben der Entlastung einer Branche) neue Ungleichbehandlungen.

NEIN zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Die Schaffung einer Monopolkasse trägt zur notwendigen Bremsung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen nichts bei.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer zählt mehr als 1'600 Mitgliedunternehmen. In diesen Unternehmen – grossmehrheitlich KMU – arbeiten rund 40 Prozent der in unserem Kanton Erwerbstätigen. Die AlHK vertritt damit die Interessen eines wesentlichen Teils unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen ein, die ein erfolgreiches Wirtschaften im Kanton Aargau ermöglichen. Davon können letztlich alle Einwohnerinnen und Einwohner profitieren. Daneben bieten wir unseren Mitgliedunternehmen ein gut ausgebautes Angebot von Dienstleistungen, seien das Rechtsberatung, kostengünstiger Vollzug von Sozialversicherungen oder Exportdienstleistungen.